Norddeutsche Allgemeine Zeitung.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" erscheint wochentäglich Abends und am Sonntag Morgen. Der Abonnementspreis ist für das Deutsche Reich vierteljährlich Mark 4,—, für das Ausland mit dem entsprechenden Postaufschlag. Abonnements werden bei allen Postanstalten angenommen. Für Berlin abonniert man bei den Zeitungsspediteuren und bei der Expedition der Zeitung.

Berlin SW. 48
Wilhelm-Straße Nr. 32.
Fernsprecher:
Redaktion: Amt VI, 3394. • Expedition: Amt VI, 3345.

Inserate nehmen die Expedition der Zeitung und alle Inseratenbureaus zum Preise von 40 Pf. für die sechsgespaltene Petitzeile und von Mark 1,25 für die viergespaltene Petitreklamezeile entgegen. Zusendungen für den Inseratenteil sind an die Expedition, für den redaktionellen Teil an die Redaktion zu adressieren. Unbenutzte Einsendungen werden nicht aufbewahrt.

Nr. 85. [47. Jahrgang.] **Donnerstag den 9. April 1908.** **[47. Jahrgang.] Nr. 85.**

Berlin, den 8. April.

Die Annahme des Börsengesetzes und die Presse.

Am Dienstag hat der Reichstag die Novelle zum Börsengesetz in der Form des nationalliberalen Kompromißantrages mit einem Zusatzantrag des Abgeordneten Böhme in zweiter Lesung angenommen. Für das Gesetz stimmte der Block geschlossen mit Ausnahme einzelner Mitglieder der Wirtschaftlichen Vereinigung. Bei der Abstimmung über den § 65, der die Ausnahmebestimmungen für den Handel in Getreide und Erzeugnissen der Müllerei behandelt, ergab die namentliche Abstimmung, daß 364 Abgeordnete anwesend waren, von denen 240 für und 124 gegen das Gesetz stimmten, nämlich Zentrum, Polen und Wirtschaftliche Vereinigung.

Die National-Zeitung schreibt zu diesem Ergebnis:

> Das Gesetz in der jetzt vom Reichstag angenommenen Form ist in der Hauptsache das Werk des nationalliberalen Abgeordneten Dr. Weber, dem vor allen Dingen die Fondsbörse für die geschaffenen Verbesserungen, welche ihre seit Jahren gefährdete Existenz wieder auf eine gesunde Basis gestellt haben, zu Dank verpflichtet ist. Weniger befriedigt von der Annahme des Gesetzes als die Fondsbörse, seien wesentliche Beschwerden, nämlich das Börsenregister und das Verbot des Terminhandels in Bergwerksanteilen und Aktien von industriellen Unternehmungen, nunmehr im wesentlichen gegenstandslos geworden sind, wenn die Handelskreise sich nicht die durch die Fassung des Paragraphen 66 und 77 b des handelsrechtlich erlaubte Termingeschäft bedeutend erschwert wird. Mit diesen beiden Paragraphen stand und fiel aber das ganze Gesetz, denn ohne diese Bestimmungen wäre der Entwurf von der Rechten des Hauses nun und nimmer angenommen worden. Die Freunde einer besseren Zukunft der Börse standen also vor der außerordentlich schweren Wahl, entweder die in dem Entwurf vorhandenen Verbesserungen nicht als genügend anzuerkennen und damit das ganze Gesetz zu Fall zu bringen, oder aber sich auf den vorliegenden Kompromiß zu einigen. Daß sie das letzte getan haben, wird ihnen noch angerechnet werden müssen, denn eine Hinausschiebung der Reform würde die Börse nur noch für eine weitere Frist schwer geschädigt haben. Auch steht noch lange nicht fest, daß, wenn die Reform auf einen späteren Termin hinausgeschoben worden wäre, sie eine der Börse günstigere Mehrheit im Hause gefunden hätte. Anzuerkennen ist vor allen Dingen, daß nach dem neuen Gesetz wieder eine größere Rechtssicherheit für das Börsengeschäft geschaffen worden ist, daß man Treu und Glauben in Zukunft nicht mehr in der früheren unbefriedigenden Weise wird ins Gesicht schlagen können. Die in dem Gesetze geschaffenen Strafbestimmungen sind nun so fest, daß sie auch den Richtern nicht gerade die Möglichkeit, sondern sogar die Verpflichtung zur Strafe auferlegen. Denn wenn bestimmte Geschäfte nun einmal verboten sind, so ist ihre Tätigung naturgemäß strafbar; das Strafmaß kommt dabei nur in zweiter Linie in Betracht.

Das vorläufige Ergebnis ist der zweite Erfolg der Blockpolitik. Noch vor wenigen Tagen, ja sogar gestern noch, war man sich zu Beginn der Sitzung nicht einig darüber, ob es gelingen werde, das Gesetz unter Dach und Fach zu bringen. Besonders das Zentrum, dem an der Annahme des Gesetzes viel gelegen, nämlich den Abgeordneten Dr. Hitze, Spahn und Herold, und zwar zu verschiedenen Malen, teilnahmen, bemühte sich redlich, einen Keil in die Blockbruderhetz einzutreiben und die Konservativen zum Abfall zu bringen. Daß diese den Stresemannlockungen widerstanden, welche allerdings im Laufe der Debatte in Unfreundlichkeiten umschlugen, nicht gefolgt sind, ist ebenso anzuerkennen wie die Mäßigung, deren sich auch bei den gestrigen Verhandlungen wieder die linksliberalen Parteien befleißigten.

Zu Beginn ihrer Betrachtung sagt die Deutsche Tageszeitung:

> Schneller, als man es gedacht hatte, ist die zweite Beratung des Börsengesetzes erledigt worden, nämlich in einer einzigen sechsstündigen Sitzung, während man um das Vereinsgesetz bekanntlich in Dauersitzungen vier Tage lang gekämpft hat. Die Opposition ist erlahmt, und zwar hier wohl noch mehr als bei der Vereinsgesetzvorlage aus Mangel an überzeugenden Gegengründen. Man war darum nur mit einem Viertel Herzen bei der Sache und beschränkte sich daher im wesentlichen auf Polemik gegen andere Parteien und Gruppen. Das Zentrum hielt sich in der selbstverschuldeten Blockeurung gar nicht wohl und hat sein Unbehagen dadurch noch vergrößert, daß es eine aus dem Aerger geborene Taktik einschlägt, die es mehrfach in Gegensatz zu früher vertretenen Anschauungen gebracht hat, wie das z. B. mit Bezug auf das Vereinsgesetz — der Abg. Hieber, und hinsichtlich des Börsengesetzes der Abg. Roesicke nachwies. Abänderungsanträge sind von dem Gegenblock nicht gestellt worden, es beschränkte sich lediglich auf mündliche Kritik. Dagegen lag ein Antrag der Wirtschaftlichen Vereinigung vor, welcher wie gleich hier hinzufügen wollen, nicht allein die Zustimmung der Regierung, sondern auch des ganzen Hauses fand. Der Antrag stellt die ursprüngliche Fassung der Regierungsvorlage im ersten Absatzteil des § 54 her, dahin lautend, daß Handwerker, sowie Personen, deren Gewerbebetrieb über den Umfang des Kleingewerbes nicht hinausreicht, auch wenn sie in das Handelsregister eingetragen sind, nicht zu den Kaufleuten gehören, die verbindliche Börsengeschäfte machen dürfen.
>
> — Im allgemeinen verlief die Debatte in ruhigeren Bahnen als in den vier vorangegangenen Tagen, wenn es sich das Zentrum auch nicht verjagen konnte, alle wohlorganisierten Chor die Aufführungen der eigenen Parteigenossen mit gewohntem Beifall zu begleiten und die Reden der Gegner mit Hallo, Gelächter und Zwischenrufen zu „begreifen". Darin leistete das Zentrum in den letzten Tagen nämlich noch Hervorragendes, als man es von der Sozialdemokratie gewöhnt ist. Aber es fehlte die „Begeisterung", der innere Trieb, es klang gekünstelt und erzielte tatsächlichen nicht den gewünschten Eindruck.

Ein Artikel in der Vossischen Zeitung schließt:

> Mit bemerkenswerter Offenheit gaben sich die Konservativen von manchen Wirkungen des Börsengesetzes von 1896 los, so vom Börsenregister und vom Verbot des Terminhandels in Bergwerks- und Industriepapieren. Sie waren auch weit entfernt, den Zentrumsrednern beizupflichten, die noch alter Gewohnheit die Börse als Gift- spinne oder Giftbaum bezeichneten. . . . Die Sozialdemokratie . . . ließ bei einer Anzahl Abstimmungen ihre Bundesgenossen vom Vereinsgesetz im Stich, beteiligte sich auch an der ganzen sechsstündigen Debatte nur mit ein paar frostigen Scherzen des Abgeordneten Dr. Frank, der einige Heiterkeit durch die Behauptung zu erregen suchte, daß der Block die Jugendlichen bis zu 18 Jahren von politischen Versammlungen, nicht aber von der Börse ausschließe. Schade nur, daß von der Berliner Börse alle Minderjährigen, also bis zu 21 Jahren, ausgeschlossen sind! — Der Gegenblock war der Distraktion nahe. Als man nun zu einer einzigen namentlichen Abstimmung, über § 65, der mit 240 gegen 124 Stimmen angenommen wurde. Dutzende Paragraphen wurden ebenso schnell genehmigt wie aufgerufen. Ehe Abstimmung über das gesamte Gesetz wird in zweiter Lesung nicht vorgegangen. Sie erfolgt heute. Sowohl Vereinsgesetz wie Börsengesetz stehen heute zur dritten Lesung. Sie werden beide unter Dach und Fach kommen, und dann wird es an der Zeit sein, weiter über die „Blockpolitik" und die „Blockfrische" zu sprechen.

In der Berliner Börsenzeitung wird ausgeführt:

> Der gestrige Tag hat im Reichstag die Entscheidung nun auch über das Börsenreformgesetz gebracht. Einstweilen zwar erst in zweiter Lesung; aber daß es sich heute bei der dritten Lesung nur noch um das durch die Geschäftsordnung der Volksvertretung vorgeschriebene Klärungsfolgen über den Entwurf handelt, das hat der gestrigen Verhandlungen zur Genüge erkennen lassen. Die Mehrheit, die sich für eine mehr oder weniger gründliche Reform des leidigen Börsengesetzes von 1896 zusammengefunden hat und auf den Boden des von den Blockparteien vorgeschlossenen Kompromisses zu treten entschlossen ist, stellte sich gestern sogar als breiter heraus, als das in den letzten Tagen vielfach angenommen worden war. Bei der einzigen namentlichen Abstimmung, die gestern stattfand — über den auf die Getreidelieferungsgeschäfte bezüglichen § 65 —, ergab sich die Annahme dieser Paragraphen mit nicht weniger als 240 gegen 124 Stimmen. Offenbar (es ist bei dem gegenwärtigen Modus der namentlichen Abstimmung darüber nicht stets sofort volle Gewißheit zu erlangen) haben die Sozialdemokraten es nicht über sich zu bringen vermocht, mit dieser Politik der Bosheit sich einer Reform, die zwar nicht in allen Einzelheiten, aber doch in ihrer Gesamttendenz ihre Billigung finden dürfte, zu widersetzen. . . . Im wesentlichen hat am gestrigen Tage die gesunde Menschenverstand, ebenso die wirtschaftliche Einsicht und nicht zum wenigsten das Empfinden für das, was die Moral erfordert, den Sieg davongetragen. Den Sieg über verbohrten Haß gegen Börse und alles, was dazu gehört. Daß der Tatbestand der Blockgemeinschaft das Seinige dazu beigetragen hat, wird ja wohl nicht zu bezweifeln sein. Aber derselbe darf dabei auch nicht werden, daß längst, bevor an die Ereignisse vom Dezember 1906 zu denken war, auch ein gut Teil der geschworenen und fanatischsten Gegner der Börse sich der Erkenntnis der schweren Uebelstände, die das Gesetz von 1896 gezeitigt hatte — besonders vor allem in Untergrabung von Treu und Glauben und weiter bestehend in einer auf die Dauer unerträglichen Beeinflussung des Geldmarktes — nicht hatten entziehen können. Nicht alles, was gestern auf der Grundlage des Kompromißvorschlages der nationalliberalen Partei zum Beschluß erhoben worden ist, kann den genauen Kenner der wirtschaftlichen Aufgaben, welche die Börse zu erfüllen hat, befriedigen. . . . Was angesichts dessen allenfalls noch beruhigend wirken kann, ist, daß die Entscheidung über die Verhängung von Ordnungsstrafen damit mittelbar auch über die Legitimität von Lieferungsgeschäften auch mit gewissen Kautelen umgeben worden ist. Sind zwar insoweit, als über die Verurteilung ein Ordnungshof zu befinden hat, der zusammengesetzt wird aus zwei Kaufleuten und zwei Landwirten, über deren Berufung die Landesregierung Vorschriften erläßt, während den Vorsitz ein von der Regierung zu ernennender Staatsbeamter führen wird. Gegen die Entscheidungen dieser Ordnungskommission ist Berufung zulässig an eine durch den Bundesrat zu bildende Berufungskommission. Die Leitnahme zweier Kaufleute an den betr. Entscheidungen wird hoffentlich eine Bürgschaft dafür bieten, daß nicht auch in Fällen, wo nur der Anschein für ein bloßes Differenzgeschäft spricht, ein verkehrtes Urteil ergeht. — Alles in allem ist es kein ideales Gesetz, das gestern beschlossen wurde und heute definitiv zur Annahme gelangen wird. Aber wenn gestern auch Männer wie die sachverständigen Herren Raempf, Mommsen und Pows sich zur Gutheißung des Gesetzes entschlossen, in der Hoffnung, es werde sich bis auf weiteres mit dem Erreichten leben und arbeiten lassen, so wird man sich ihrer Einsicht fügen dürfen.

Dem Hannoverschen Courier endlich entnehmen wir die folgende Betrachtung:

> Es ist nicht zu bezweifeln, daß mit dem Zustandekommen des Börsengesetzes der Block einen eminenten Stärkungserfahrung hat. Wenn sich in dieser Frage, die hier stets in den heftigsten Kämpfen zwischen rechts und links führte, die Blockparteien einigen konnten, bei welcher wäre dann künftig eine Einigung unmöglich? Gewiß fehlt noch als Krönung des Werkes die Reichsfinanzreform. Aber wer man jetzt schon gute Miene in die Zukunft blicken? Die Konservativen und die Freisinnigen haben gesehen, daß sie zu gemeinsamer Arbeit fähig sind. Die Sommerarbeit wird dazu dienen, die Ueberzeugung von der Nützlichkeit dieser Politik in ihnen allen immer stärker zu befestigen. Im Kampf in Preußen sachlich und anständig geführt wird kaum er dem Block dauernden Schaden nicht zufügen. Die Regierung suche nur frühzeitig Verständigung mit den Parteien, damit nicht erst die heftige Glut der Oeffentlichkeit entfacht wird, und es wird sich ein Mittelweg ebenso gut finden lassen wie beim Börsengesetz. Die Nationalliberalen, die jetzt bei den beiden großen Vorlagen in so hervorragender Weise die Vermittlerrolle gespielt haben, werden sicherlich auch dann nicht versagen. In der Klärung von der echt deutschen Prinzipienreiterei haben die Freisinnigen wie die Konservativen in letzter Zeit so erhebliche Fortschritte gemacht, daß sich die guten Folgen in unserem politischen Leben — wenn selbst der Block verschwinden sollte — bemerkbar machen müssen. Das deutsche Volk schließlich einmal aus einem politisierenden ein politisches werden. Wir sind noch nicht so weit, aber dieser Frühling läßt Blütenträume erstehen. . . .

Zur mazedonischen Frage.

In einer Antwortnote auf den Vorschlag der russischen Regierung, die den Botschaftern der fünf Mächte am 4. d. M. in London überreicht wurde, erklärte der britische Staatssekretär Grey, die Regierung bedauere, daß es Rußland nicht möglich erscheine, eine Verminderung der türkischen Truppen in Mazedonien und eine Kollektivgarantie in Erwägung zu ziehen. Wenn die Reformen nicht auf andere Weise gesichert werden könnten, so werde sich seine Regierung verpflichtet sehen, auf diese Lösung bei den Mächten zu dringen. Sie begrüße die Einräumung, daß die Vermehrung der Gendarmerie und die Ausdehnung ihrer Befugnisse notwendig sei, und stimme mit dem Vorschlage überein, daß bei der Reorganisation der neuen Corps auch Leute hat, die mit der Beratungen der Finanzkommission in Verwaltungsangelegenheiten teilzunehmen. Sie trete auch dem Vorschlage der Bildung von Landwachen bei. Diese müßten aber, um erfolgreich zu wirken, Bezahlung erhalten. Die Ersetzung einer bewaffneten Macht, die nicht bezahlt werde, sei eher eine Bedrohung der Sicherheit, als eine Bürgschaft für die Ruhe im Lande und könnte ein Mittel werden, um die Banden mit Waffen zu versehen und ihnen neuen Ersatz zuzuführen. Da die Gemeinden überdies mit Steuern überlastet seien, so müßten diese Kosten auf das Budget fallen. Dies stelle sie unmittelbar vor die finanzielle Schwierigkeit, mit der sich Izwolskis Memorandum nicht befasse, von deren Lösung aber die ganze Reformfrage abhänge. Die Regierung beharre dabei, daß die Verminderung der Truppenzahl und die europäische Garantie immer noch die beste Lösung sei, aber ihre Reformvorschläge seien von diesen Bedingungen nicht durchaus abhängig, wenn die notwendigen Geldmittel in anderer Weise zu erlangen seien. Staatssekretär Grey weist sodann darauf hin, daß die Pforte ihr feierliches Versprechen, das Defizit in mazedonischen Budget aus zuverlässigen Quellen nicht erfüllt habe, daß die britische Regierung, falls dies nicht geschähe, ihre Zustimmung zur ferneren Erhebung des dreiprozentigen Zuschlagszolles zurückziehe. Hierauf macht er folgende Vorschläge: Der Generalinspektor und die Finanzkommission sollen ermächtigt werden, von den Einkünften aus den Provinzen soviel zurückzubehalten, als zur Deckung der Ausgaben der Zivilverwaltung notwendig sei, und die Ueberschüsse der Pforte zur militärischen Zwecke zu überweisen. Wenn dieser Betrag für die Militärausgaben unzureichend sei, müsse das Defizit von der Pforte ausgeglichen werden. Es dürfe vorausgesetzt werden, daß sich die Geldmittel leichter finden werden, wenn sie für die Aufrechterhaltung der Truppen, als wenn sie für die Zivilbedürfnisse der Bevölkerung bestimmt seien. Wenn dieser Vorschlag angenommen werde, so sei es gleichgültig für die Mächte, wieviel Truppen in Mazedonien gehalten würden, vorausgesetzt, daß die Truppen bezahlt würden und nicht vom Lande selbst leben dürften. Die Notwendigkeit einer europäischen Garantie verschwinde auf diese Weise. Bei den vorhergehenden Verhandlungen sei angenommen worden, daß der Ernennung eines ottomanischen Generalgouverneurs mit gegen eine Einmischung der Pforte gesicherten administrativen Vollmachten zugestimmt würde. Die Regierung glaube, daß diesem Vorschlage in angemessener Weise entgegengekommen werde durch die Anregung, daß der betreffende Beamte Generalinspektor genannt, zum Rang eines Wesirs erhoben, für eine bestimmte Zeit ernannt und nur mit Zustimmung der Mächte abgesetzt werde. Sodann führte Grey aus, die britische Regierung erhebe keine Einwendung gegen die Beibehaltung Hilmi Paschas und sei einverstanden mit den russischen Vorschlägen bezüglich der Finanzkommission und der Ausdehnung der Vollmachten der Zivilagenten auf die Delegierten. Grey sagt hinzu, wenn die gegenwärtigen Vorschläge angenommen würden, widersetze sich die Regierung nicht der Uebernahme britischer Zivilagenten und der Gendarmerieleihunten in den ottomanischen Dienst. Sie nehme überdies an, daß jeder Widerstand seitens der ottomanischen Regierung gegen den Plan der Justizreformen aufhöre. Die Regierung vertraue zuversichtig darauf, daß Minister Izwolski die Vorschläge unterstützen und mitwirken werde, ihre Annahme bei den Mächten durchzusetzen.

Paris, 7. April. Deputiertenkammer. Denys Cochin betrage den Minister des Aeußern Pichon über die Lage in Mazedonien und über die Haltung Frankreichs. Er erinnerte an die bedauernswerten Kämpfe der Griechen und Bulgaren, gegen welche die bisher angewendeten Mittel unwirksam gewesen seien. Cochin erörterte hierauf die Frage der Balkanbahnen, die Erregung, welche dieselbe hervorgerufen habe, dann den englischen Vorschlag und den russischen Gegenvorschlag und schloß mit der Frage, ob Frankreich entschlossen sei, der Türkei gegenüber, die Europa schon ermüde, energisch zu handeln. (Beifall.)

Pichon antwortete, daß Frankreich auf seine wirtschaftlichen Interessen und seinen Einfluß in der Türkei bedacht sei und sich der Politik der in Mazedonien unmittelbar beteiligten Mächte anschließe, die mit ihm betreundet oder verbündet seien. Hierbei sei es von dem Bestreben geleitet, alles zu vermeiden, was dem Frieden Europas schaden könnte. Der Minister sagte hinzu, Frankreich könne den gewünschten Bahnbauten keinen Widerstand entgegensetzen. Denn sie seien Werkzeuge des Einflusses und des Fortschritts. Frankreich vereinige sich mit den Regierungen von Petersburg und Rom, um auf die Pforte einen Druck auszuüben, daß sie Serbien in der Frage der Donau-Adria-Bahn zufrieden stelle. Minister Pichon gab Aufklärung über die in Mazedonien vorliegenden Reformen. Oesterreich-Ungarn und Rußland hätten Ratschläge gegeben, um der Bildung von Banden entgegenzutreten. England habe die Ernennung eines von den Mächten gewählten Gouverneurs, wie im Libanon, vorgeschlagen. Der russische Vorschlag sei etwas abweichend. Die französische Regierung habe von Anfang an erklärt, daß sie die russischen Vorschläge unterstütze; sie billige die Initiative der alliierten Macht, die in wesentlichen Punkten mit derjenigen Englands übereinstimmte und von den Mächten gut aufgenommen zu sein scheine. Die uneingeschränkte Politik Frankreichs strebe die Einigung der Mächte zur Sicherung des Friedens Europas gewährleistete und die Vorbedingung für das Gelingen der mazedonischen Reformen sei. Frankreich werde keine Aufstrengungen scheuen, um der mazedonischen Bevölkerung ihr Recht zu verschaffen. Der Rede des Ministers folgte einmütiger Beifall. Cochin durfte dem Minister und sprach die Hoffnung aus, daß man bald einen Expreßzug Paris—Athen haben werde.

Preßstimmen über die englischen Vorschläge. Die Nichtannahme der englischen Vorschläge würde für Mazedonien eine große Enttäuschung bedeuten. Es bedauere, daß Frankreich es gewesen sei, das sich den englischen Vorschlägen widersetzt habe. Die einzig wünschenswerte Uebereinstimmung für den Orient sei die zwischen Rußland, England und Frankreich.

Der Minister des Aeußern Pichon protestierte gegen die Behauptung, daß Frankreich sich den Vorschlägen Englands widersetzt habe, es habe zunächst das verbündete Rußland und die übrigen Mächte befragt und dann Englands zugestimmt, daß es der Ansicht sei, daß die englischen Vorschläge keine Aussicht hätten durchzudringen. Er wiederhole, daß Frankreich die russischen Vorschläge unterstütze und seine Entschlüsse denen der europäischen Mächte unterordnen werde, um ein einmütiges Vorgehen zu ergielen. Frankreich werde die größte Taktkraft entfalten, um die Lage in Mazedonien zu verbessern. Damit ist der Zwischenfall erledigt.

Sofia, 7. April. (Agence Bulgare.) In einer heute nachmittag abgehaltenen und von etwa zehntausend Personen besuchten Versammlung wurde eine Resolution angenommen, in welcher der englischen Regierung der aufrichtigste Dank für ihren Vorschlag ausgedrückt wird, der reelle Reformen für Mazedonien vorsehe. Die englische Regierung wurde ersucht, auf der Durchführung ihres Vorschlages zu beharren. Dem Balkankomitee, der englischen Presse, dem englischen Volke wurden die Sympathien Rußlands und der übrigen Länder, die den Vorschlag Greys unterstützten, wurde Dank ausgesprochen und an die Presse, die politischen Parteien und die Staatsmänner der Großmächte der Appell gerichtet, das Interesse der Parlamente und der Oeffentlichkeit für den englischen Vorschlag zu erwecken, der einzig und allein Ordnung und Frieden in Mazedonien dadurch gewährleisten werde, daß sie im Artikel 23 des Berliner Vertrages vorgesehenen politischen Rechte verbürge. Die Nichtanwendung dieses Artikels habe in den letzten 30 Jahren die Vernichtung von 30 000 Menschenleben verschuldet.

Rundschau im Auslande.

Rußland und die Türkei.

Petersburg, 7. April. Die Petersburger Telegraphen-Agentur meldet: Aus Anlaß neuer Blättermeldungen, die Türkei treffe Kriegsvorbereitungen nahe unserer Kaukasusgrenze, sind wir ermächtigt, zu erklären, daß die ottomanische Regierung durch ihren Petersburger Botschafter mitgeteilt hat, daß die anbauernden Nachrichten der Zeitungen, betreffend türkische Kriegsvorbereitungen den Tatsachen nicht entsprechen. Laut formeller Erklärung des hiesigen türkischen Botschafters hat die Pforte keinerlei Maßregeln behufs einer Truppenkonzentrierung in der Nähe der russischen Grenze und auch keine präliminaren Anordnungen zu einer solchen Konzentrierung getroffen. Als Kriegsmaßregeln, die im letzter Zeit getroffen worden, habe unter anderm die Absendung einiger Bataillone nach Van, seien, wie die türkische Regierung erklärt, ausschließlich durch die Befürchtung vor Unruhen in diesem Bezirke hervorgerufen worden.

Russisch-japanische Grenzregulierung.

Wladiwostok, 7. April. Auf einem von der japanischen Grenzfestsetzungskommission zu Ehren der russischen Kommission gegebenen Festmahl hielt der Vorsitzende der japanischen Kommission eine Rede, in der er erklärte, das Zusammenwirken der beiden Kommissionen innerhalb fast zweier Jahre sei dermaßen freundschaftlich und einmütig gewesen, daß es als Bürgschaft einer dauerhaften Freundschaft der beiden Nachbarstaaten dienen könne. Bei seiner Rückkehr nach Japan werde er es für seine Pflicht halten, über die außerordentliche Gastfreundschaft zu berichten, die der japanischen Kommission in Wladiwostok zu teil geworden sei.

Amerika und die Mandschurei.

Washington, 7. April. Staatssekretär Root gab folgende Erklärung: Die Frage von Charbin bietet viele Schwierigkeiten, deren Beilegung aber kein besonderes Hindernis im Wege steht. Obwohl die chinesische Oberbehörde die Beaufsichtigung durch ein größeres Amt in Charbin zugibt und sogar begehrt, wofern dieses die chinesische Souveränität nicht beeinträchtigt, wird das Staatsdepartement offiziell sich nicht bereit finden, von der russischen Bahnverwaltung getroffene, Handel und Industrie berührende Verordnungen in irgend einer Form gutzuheißen. Ueberdies bestehen die Ausländer in Charbin darauf, in der kommunalen Verwaltung des Fremdenviertels mitzusprechen, so wie in den anderen Städten des Ostens. Der amerikanische Vertreter erhält das Exequatur von China, zu dem er im gleichen Verhältnis steht wie der russische Generalkonsul.

Tokio, 7. April. Nach hiesigen Blätterstimmen richtet sich die amerikanische Aktion betreffs der russischen Verwaltung in der Mandschurei in Wahrheit gegen die japanische Verwaltung in der Südmandschurei. Einige Blätter versuchen sogar, die bevorstehende Ankunft der amerikanischen Flotte in Japan mit etwaigen künftigen Vorstellungen Amerikas bei Japan wegen der Südmandschurei in Verbindung zu bringen. Das japanische auswärtige Amt weist diese sensationelle Anschauung zurück und macht bekannt, es sei nicht darauf vorbereitet zu glauben, daß Amerika sich Japans gegenwärtiger Haltung in der Südmandschurei widersetze.

Amerikanische Rüstungen.

Washington, 7. April. Der Senat genehmigte den Gesetzentwurf, betreffend die Ausgaben für militärische Zwecke, die 20 Millionen mehr betragen, als im Vorjahre. Senator Maine, der Vorsitzende der Kommission für Marineangelegenheiten, erhob lebhaften Einspruch gegen das Anwachsen der militärischen Ausgaben und erklärte, dies würde ein Defizit herbeiführen. Sein Antrag, die Angelegenheit nochmals zu erwägen, wurde zur Beprechung gestellt. Hierauf bewilligte das Haus die Ausgaben für Befestigungszwecke im Betrage von 12 Mill. Dollar.

Aus Marokko.

Paris, 7. April. Nach einem Telegramm des Generals d'Amade hat dieser ein starkes Detachement im Lager von Boucheron gelassen, weil man nicht ohne Grund annehme, daß sich dort die Pforte und die endgültige Pazifikation des Landes herbeizuführen. d'Amade kehrt nach Ber Rechid zurück.

Aenderungen im englischen Kabinett.

Dem Daily Chronicle zufolge werden in dem Kabinett voraussichtlich folgende Aenderungen eintreten: Lloyd-George wird das Schatzamt, Earl of Crewe das Kolonialamt, Churchill das Handelsamt übernehmen, Lord Tweedmouth wird Lordpräsident des Geheimen Rats und McKenna Erster Lord der Admiralität werden.

Wahlen in Portugal.

Lissabon, 7. April. Nach dem endgültigen Ergebnis der Wahlen wird die neue Deputiertenkammer sich zusammensetzen aus 62 Regeneraboren, 59 Progressisten, 17 Independenten, 7 progressistischen Dissidenten, 5 Republikanern, 3 Anhängern des früheren Ministers Franco und 2 Nationalisten; insgesamt 155 Abgeordneten einschließlich der Vertreter der Kolonieen.

Lissabon, 8. April. Der gestrige Tag ist ohne bemerkenswerten Zwischenfall verlaufen, nur in dem berüchtigten Viertel Mouraria beginnen kleine Gruppen Ausschreitungen. Die Polizei nahm weitere 200 Verhaftungen vor. 500 bis 600 von den Verhafteten brachte man auf die Festung Cazias in Untersuchungshaft.

Kleinere politische Nachrichten.

Der Verwaltungsrat der Carnegie-Stiftung zur Förderung des Unterrichtswesens hat Einzelheiten eines mit dem preußischen Kultusminister vereinbarten Planes, betreffend den Austausch von Schullehrern zwischen Preußen und Amerika, bekanntgegeben. Danach wird erwartet, daß nach dem am 1. Oktober d. J. in Kraft tretenden Gesetz jährlich 25 bis 50 Lehrer Preußen besuchen werden. Der Verwaltungsrat betont neben dem erzieherischen Wert dieses Austausches auch dessen Bedeutung als Mittel zur Förderung der internationalen Beziehungen. — Ein Telegramm der Associated Preß aus Rio de Janeiro meldet, daß man nicht ohne Grund annehme, Italien sei bereit, für den Preis von 20 Millionen Dollar die drei Schlachtschiffe Regina Elena, Napoli und Roma an Argentinien zu verkaufen. Man glaube, daß Argentinien diese Vermehrung seiner Flotte als Gegengewicht gegen die brasilianischen Flottenvermehrungspläne betrachte. — Ein Mitte März aus Tabris in Persien nach Urmia übergeführtes Regiment soldete vom Souverneur die Besoldung, die in Tabris nicht ausgezahlt worden war. Als eine Absage erfolgte, weigerte das Regiment ohne Erlaubnis die Stadt. Die Zeitschrift machte keinen Versuch, es daran zu hindern. — Der Thronfolg von Kiang-Sing Tuan-sung erholte sich wieder von dem Schlaganfall, von dem er betroffen wurde.

Reise des Kaiserpaares.

Die Stadt Palermo ist mit Fahnen reich geschmückt. Vom Landungsplatz bis zur Porta Catena zieht sich eine Reihe von Flaggenmasten, die durch Girlanden verbunden sind.

Der Kaiser, die Kaiserin, Prinz August Wilhelm und Prinzessin Viktoria Luise haben sich gestern mit dem Gefolge um 10 Uhr an Land, wo sie von der Bevölkerung aufs herzlichste begrüßt wurden, und machten in Automobilen, die aus der dortigen Gesellschaft zur Verfügung gestellt waren, einen Ausflug nach Monreale. Während die Majestäten und die übrigen Herrschaften die dortigen Sehenswürdigkeiten besichtigten, verbrannte infolge eines Unvorsichtigkeit eines der zur Verfügung gestellten Automobile. Unglückliche Folgen hatte der Vorfall nicht. Auf dem Rückwege wurde die Villa Tosca besucht. Die kaiserlichen Herrschaften kehrten nach 1 Uhr an Bord der Hohenzollern zurück. — Das Wetter war schön.

Bei der Frühstückstafel, die der Kaiser zwischen dem Präfekten Marchesi de Seta und dem Syndaco Francesco Paolo Tesauro, — Gegenüber dem Kaiser saß die Kaiserin zwischen dem Prinzen August Wilhelm und dem Generalleutnant Carlo Corticelli. Außerdem waren geladen der Duaktor B. Ceola, der Kapitän zur See Principe di Büttelo, der Direktor des königlichen Hauses Mario Ricardi, der Superintendent Salinas, der deutsche Konsul Legationsrat Freiherr v. Schauenburg, der deutsche Konsul Springer, der Vorvettenkapitän Angelo Salemone.

Am Nachmittag besuchten die Kaiserin, Prinz August Wilhelm und Prinzeß Viktoria Luise